
Presseinformation Nr. 1001

11. August 2006

**LAURISCHK:
Überlegungen des Finanzministeriums zur Verschärfung
des Gemeinnützigkeitsrechts bleiben grober Unfug**

BERLIN. Zu Äußerungen der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesfinanzministerium, Barbara Hendricks (SPD), die Regierung wolle Steuervorteile für gemeinnützige Stiftungen nicht einschränken, erklärt die Sprecherin für bürgerschaftliches Engagement der FDP-Bundestagsfraktion Sibylle LAURISCHK:

Die Bestrebungen des Bundesfinanzministeriums, die steuerliche Förderung der Gemeinnützigkeit einzuschränken, bleiben weiterhin grober Unfug. Allein die vollkommen unnötige Diskussion wird eine große Verunsicherung bei allen Akteuren des bürgerschaftlichen Engagements auslösen.

Leider wird durch diese Bestrebungen deutlich, dass das Finanzministerium keinerlei Sensibilität für die großen Leistungen der bürgerschaftlich Engagierten aufbringt. Statt die Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement deutlich zu verbessern, leistet sich diese Regierung den Luxus, über eine Verschlechterung der Rahmenbedingungen zu beraten. Die Ankündigung von Barbara Hendricks, dass die gemeinnützigen Stiftungen nicht betroffen seien, kann in diesem Zusammenhang nur noch als purer Hohn verstanden werden. Wann begreift die Bundesregierung endlich, dass der Staat durch die steuerliche Förderung der Gemeinnützigkeit nicht weniger Einnahmen, sondern im Gegenteil weniger Ausgaben hat, da er dieses Angebot nicht selber vorhalten muss?

Verantwortlich:
**DR. CHRISTOPH
STEEGMANS**

Telefon
(030) 227-52388

Fax
(030) 227-56778

E-Mail
pressestelle@
fdp-bundestag.de